



Deutscher Verband für Wohnungswesen,
Städtebau und Raumordnung e.V.

Passt die Energieeffizienzstrategie für Gebäude?

Deutscher Verband

Die „Energieeffizienzstrategie Gebäude“ zeigt Szenarien und weitere Maßnahmen für den Klimaschutz im Gebäudebereich auf. Sie zeigt, dass wir dringend mehr Technologieoffenheit und Flexibilität zwischen Effizienzsteigerung und erneuerbaren Energien benötigen.

www.deutscher-verband.org

Ende letzten Jahres hat das Bundeswirtschaftsministerium die „Energieeffizienzstrategie Gebäude“ vorgelegt. Diese betont einmal mehr die Bedeutung des Gebäudebereichs für die Energie- und Klimaschutzziele. Etwa 35 Prozent des Gesamtenergieverbrauchs und ein Drittel der CO₂-Emissionen entfallen auf Wohn- und Wirtschaftsbauten. Auf Grundlage wissenschaftlicher Szenarien erörtert die „Energieeffizienzstrategie Gebäude“ Wege zu einem nahezu klimaneutralen Gebäudebestand, der im Jahr 2050 80 Prozent weniger Primärenergie verbraucht. Unter Berücksichtigung technischer und wirtschaftlicher Restriktionen werden zwei miteinander zusammenhängende Zielszenarien betrachtet: eine maximal mögliche Steigerung der Energieeffizienz sowie eine maximale Erhöhung des Einsatzes erneuerbarer Energien.

Durch das Effizienzzenario lassen sich höchstens 54 Prozent Endenergieeinsparung realistisch erreichen. Dann müssten 57 Prozent des Energiebedarfs erneuerbar bereitgestellt werden. Der mittlere Primärenergieverbrauch von Wohngebäuden würde bei 44 kWh/m² liegen. Beim Zielszenario „Erneuerbare Energien“ würde sich der Anteil erneuerbarer Energien im Gebäudebereich von derzeit 14 auf 69 Prozent erhöhen. Dann wären weitere Effizienzsteigerungen von nur 36 Prozent notwendig. Allerdings müsste durch den höheren Strombedarf der Ausbaupfad für Erneuerbare bei der Stromerzeugung angepasst werden. Die Kosten für beide Pfade unterschieden sich deutlich. So würden die Vollkosten der Sanierung bei diesem Effizienzpfad insgesamt 1.535 Milliarden Euro betragen. Das Zielszenario „Erneuerbare Energien“ kommt auf Vollsanierungskosten von 1.137 Milliarden Euro. „Und auch die darin enthaltenden reinen energiebedingten Mehrkosten liegen beim Effizienzpfad mit 562 Milliarden Euro um 180 Milliarden Euro höher. Noch deutlicher sind die Unterschiede bei der Entwicklung der Wohnkosten. So würde das Effizienzzenario zu einem Anstieg der warmen Wohnkosten um etwa zehn Prozent führen, das Szenario „Erneuerbare Energien“ nur um 3,5 Prozent.

Beide Szenarien verdeutlichen, dass auf dem Weg zum nahezu klimaneutralen Gebäudebestand noch mehr Anstrengungen und Investitionen als bisher notwendig sind. Bei einer Fortschreibung der derzeitigen Aktivitäten würde die Energieeffizienz nur um 30 Prozent steigen, der Anteil erneuerbarer Energien auf 45 Prozent. Dazu brauchen wir aber sowohl aus klimapolitischer als auch aus wirtschaftlicher und sozialer Perspektive einen flexiblen und technologieoffenen Zielkorridor zwischen Energieeffizienz und erneuerbaren Energien. Selbst wenn realistische energetische Mindeststandards notwendig sind, führt eine einseitige und zu ambitionierte Ausrichtung auf Effizienz nicht zum Ziel. Sie ist deutlich teurer und damit unwirtschaftlicher und sozial unverträglicher. Zudem dürften durch Innovationen und Kostensenkungen die Potenziale erneuerbarer Energien in absehbarer Zeit eher steigen, was bei der Dämmung weniger zu erwarten ist.

Insofern sollten Ordnungsrecht und Förderung stärker auf die CO₂-Minderung ausgerichtet werden anstelle auf den Primärenergiebedarf bzw. Transmissionswärmeverluste. Bund und Länder prüfen eine entsprechende Anpassung von EnEV sowie eine engere Verzahnung oder Zusammenlegung mit dem EEWärmeG. Ab 2021 sollte deshalb auch ein „Niedrigst-Emissionsstandard“ für Gebäude eingeführt werden, und nicht wie von der EU gefordert ein „Niedrigst-Energiestandard“. Mit diesen und weiteren zentralen Fragestellungen der Energiewende für die Immobilienwirtschaft befasst sich unter Leitung von Prof. Dr. Dr. Töpfer die Arbeitsgruppe „Energie“ des Deutschen Verbandes. Sie wird Mitte des Jahres ihren Zwischenbericht vorlegen. «



Christian Huttenloher ist Generalsekretär des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V. in Berlin.

Christian Huttenloher, Berlin